

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Mai 1957

115/J

A n f r a g e

der Abg. O l a h, V o i t h o f e r, W o l f, R o m, S t e i n e r,
T r u p p e und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die katastrophalen Folgen der Budgetkürzungen auf dem Sektor der
Wildbach- und Lawinenverbauungen.

-.-.-.-

Im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1957 sind die Budgetmittel gegenüber jenen des Vorjahres um 30 % gekürzt. Diese Kürzung zeigt in zweierlei Hinsicht katastrophale Auswirkungen.

Während im Vorjahr bei der Wildbach- und Lawinenverbauung durchschnittlich 3.600 Arbeiter beschäftigt waren, sind es nun im Mai 1957 nur mehr 2.000. Weitere Kündigungen werden im Zuge einer nochmaligen Kürzung des Arbeiterstandes vorbereitet. Durch diese Kündigungen wird der Stammarbeiterstand weiter gekürzt. Stammarbeiter, die andere Arbeitsplätze gefunden haben, kehren nicht mehr zur Wildbach- und Lawinenverbauung zurück. Diese erfahrenen Arbeitskräfte sind nicht mehr zu ersetzen; ihre Entlassung stellt einen unersetzlichen Verlust dar.

Delegationen der Länder Salzburg und Oberösterreich haben beim Herrn Minister für Land- und Forstwirtschaft vorgesprochen und ihn auf die ernstesten Auswirkungen der Arbeitseinschränkungen aufmerksam gemacht. Die Wildbach- und Lawinenverbauung kann nicht als normale Investition angesehen werden, da sie ja keine gewinnbringenden Werte schafft; sie verhindert vielmehr große Wertverluste, die bei Naturkatastrophen entstehen. Nichtregulierte Wildbäche und Lawinenhänge richten alljährlich große Flurschäden an. Darüber hinaus wird das Straßennetz zerstört und manchmal auch Wohnsiedlungen getroffen. Bei eintretenden Katastrophen müssen, unabhängig von den Budgetmitteln, weit größere Geldmittel für Sofortmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden als eine rechtzeitige Verbauung erfordert. Die bereits halbfertigen Verbauungen, deren weiterer Ausbau nun eingestellt werden muß, sind naturgemäß gegen Überschwemmungen und Lawinen besonders empfindlich. Die bereits begonnenen Anlagen und Kulturen werden auch bei kleineren Hochwässern zerstört, die verwendeten Gelder sind also nutzlos ausgegeben worden.

Angesichts dieser drohenden Schäden für die Volkswirtschaft und der katastrophalen Auswirkungen der Arbeitseinschränkungen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, zur Sicherung der begonnenen und unbedingt notwendigen Arbeiten die im Eventualbudget vorgesehenen Mittel flüssig zu machen, bzw. weitere notwendige Mittel zur Verfügung zu stellen?

-.-.-.-